

Beamtenbesoldung

DR. BLECHSCHMIDT: Einige Forderungen überdenken

WIESBADEN - „Aus der heutigen Anhörung haben wir trotz der grundsätzlich unveränderten Ausgangssituation auch einige überdenkenswerte Argumente von Seiten der Beamtinnen und Beamten mitgenommen“, so der tarif- und besoldungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Frank BLECHSCHMIDT im Anschluss an die heute zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP im Innenausschuss des Landtages stattgefundene Anhörung.

Weiter erklärte Blechschmidt: „Der Entwurf sieht bislang eine Anpassung der Bezüge zum 1. Oktober 2011 um 1,5% sowie um weitere 2,6% zum 1. Oktober 2012 vor. Daran halten wir auch im Grundsatz weiterhin fest.“ Allerdings sei überlegenswert, ob man zur Vermeidung übermäßiger Härten, gerade in den unteren Besoldungsgruppen oder z.B. bei Polizeianwärterinnen und -anwärtern, die aufgrund ihrer besonderen Situation finanziell besonders belastet seien, nicht an der einen oder anderen Stelle punktuelle Nachbesserungen vornehmen könne. „Dies werden wir jetzt in Gesprächen zwischen den Fraktionen und der Landesregierung eingehend prüfen, um eventuell noch entsprechende Spielräume im Sinne einer differenzierten, sozialen Komponente zu eröffnen“, so der liberale Tarifpolitiker.

Zudem sei eine rein auf die Besoldung im Vergleich zum Tariflohn bezogene Betrachtungsweise zumindest irreführend. „Angesichts der zahlreichen Vorteile, die Beamtinnen und Beamte gegenüber Tarifangestellten genießen, greift eine einseitige Fixierung auf die Höhe der Bezüge zu kurz.“ Geringere Abgaben für Sozialversicherung, feste und planbare Pensionen unabhängig von der allgemeinen Entwicklung der Renten und zusätzliche Beihilferegulungen seien nur wenige Aspekte, die es nicht lohnend erscheinen ließen, nur anhand von Bruttobeträgen isolierte Vergleiche anzuführen.

„Deshalb muss klar sein, dass die seitens der Beamtinnen und Beamten insgesamt hoch gesteckten Forderungen im Rahmen des aktuellen Haushalts nicht erfüllbar sind. Jeder muss seinen Teil dazu beitragen, dass Hessen im Hinblick auf die ambitionierten Sparziele der Zukunft weiter vorankommt“, dämpfte Blechschmidt die Erwartungen. Die aktuellen Wirtschaftszahlen ließen noch auf weitere Spielräume in den kommenden Jahren hoffen, aber der bereits erfolgte, leichte Konjunkturrückgang zeige überdeutlich, dass die derzeit noch sprudelnden Steuermehreinnahmen nicht ohne Wenn und Aber für dauerhaft wirkende strukturelle Mehrausgaben im Personalbereich verwendet werden könnten.



Marco Krause

Pressesprecher

FDP-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 350 566
Fax: (0611) 350 579

m.krause@ltg.hessen.de
www.fdp-hessen.de

Beamtenbesoldung

INFORMATIONEN FÜR DIE PRESSE



Wiesbaden, 17. August 2011

Beamtenbesoldung

Holger Bellino: „Beamtenbesoldung erfolgt mit Augenmaß und Rücksicht auf Steuerzahler und Leistungsfähigkeit unseres Landes“ - „Auch in wirtschaftlich turbulenten Zeiten ist der Status des hessischen Beamten vorteilhaft und im Ländervergleich sehr gut“

„Die Anpassung der Bezüge der hessischen Beamtinnen und Beamten im Hinblick auf die Tarifeinigung mit den Beschäftigten des Landes Hessen für die Jahre 2011 und 2012 erfolgt mit Augenmaß und Rücksicht auf die Steuerzahler und die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Durch die nun vorgesehene Anpassung wird das Einkommen der Beamten um 1,5 Prozent zum 1. Oktober 2011 und um weitere 2,6 Prozent zum 1. Oktober 2012 steigen. Die heutige Anhörung hat gezeigt, dass der Wunsch nach höherem Einkommen vorhanden ist. Zugleich wurde jedoch deutlich, dass eine höhere Verschuldung und deren Auswirkung auf die Gesellschaft den Wünschen, insbesondere der Gewerkschaftsvertreter, Grenzen setzt. Bereits die vorgesehene Anpassung der Bezüge bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung für den Haushalt 2011, die bei einer vollständigen Gleichbehandlung mit dem Angestelltentarif unvermeidbare Belastungen für Land und Kommunen zur Folge haben würde. Die kommunalen Vertreter sowie der Bund der Steuerzahler in seiner schriftlichen Stellungnahme haben deutlich gemacht, dass über die geplanten Mehrausgaben hinausgehende Leistungen zu einer erheblichen Belastung der Haushalte führen würden. Die nun vorgesehene Erhöhung stellt daher einen gerade noch vertretbaren Kompromiss zwischen dem Wünschbaren und dem Finanzierbaren dar“, so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Holger Bellino, zur Anhörung zum Beamtenbesoldungsanpassungsgesetz.

„Auch in wirtschaftlich turbulenten Zeiten ist der Status der hessischen Beamten vorteilhaft. Sie stehen im Ländervergleich sehr gut dar. Anders als andere Arbeitnehmer mussten die Beamten weder Kurzarbeit leisten noch um ihre Jobs bangen. Sie haben – unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung – ein gesichertes und planbares Einkommen. Und auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund stehen sie gut da: So sieht die Hessische Beihilfeverordnung weder Kostendämpfungspauschalen noch Praxisgebühren vor. Auch die Sonderzahlung (früher Weihnachtsgeld) wird in Hessen in Höhe von 60% eines Monatsgehalts gezahlt. Seit 2007 haben die Hessischen Beamten lückenlos in jedem Jahr von linearen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen profitiert. Der Status der Beamten bleibt daher attraktiv. Im Übrigen ist es sinnvoll, bei zukünftigen Verhandlungen die leistungsbezogenen Komponenten zu stärken. Denn wer mehr leistet, der sollte auch mehr bekommen. Darüber hinaus werden wir die Darstellungen der Anzuhörenden nochmals genau prüfen und ausloten, ob Spielraum für Änderungen besteht“, so Bellino abschließend.

www.cdu-fraktion-hessen.de
www.facebook.de/cdufraktionhessen
www.twitter.com/cdu_fraktion
www.youtube.com/cdufraktionhessen

Christoph Weirich, Pressesprecher
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
E-Mail: presse-cdu@ltg.hessen.de
Tel: 0611 / 350-548
Fax: 0611 / 350-551

Wiesbaden, 17. August 2011
Sachverständigenanhörung zur Beamtenbesoldung

Klatsche für Regierungsfractionen 2.0: Breite Zustimmung zum Änderungsantrag der LINKEN!

Zur heutigen Anhörung über den Gesetzentwurf von CDU/FDP und dem Änderungsantrag der LINKEN zur Beamtenbesoldung erklärt Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Innerhalb von einer Woche mussten sich die Regierungsfractionen heute zum zweiten Mal heftigste Kritik zum eigenen Gesetzentwurf und breite Zustimmung zum Entwurf der LINKEN von Sachverständigen anhören. War es letzte Woche die HGO-Novelle, so traf heute die Absicht von CDU und FDP, bei den Hessischen Beamtinnen und Beamten 150 bis 200 Millionen Euro einzusparen, auf breite Ablehnung und Widerstand.“

Sachverständige hätten vorgerechnet, dass Beamtinnen und Beamte durch die Mischung aus Gehaltskürzungen und Arbeitszeitverlängerung seit 2003 bereits 17 Prozent Reallohn verloren hätten – bei gleichzeitigen Preissteigerungen durch Inflation. Trotzdem wolle die Regierung weiter mit der Axt vorgehen und den hessischen Beamtinnen und Beamten – betrachtet auf den Tarifzeitraum – über 1000 Euro vorenthalten. Dass es dabei nicht einmal eine soziale Staffellung gebe, nach der niedrige Einkommen weniger stark betroffen wären, schlage dem Fass den Boden aus. Worte wie ‘törichtes Signal’, ‘völliger Vertrauensverlust in Regierung’ und ‘einseitige Zersetzung des Dienst- und Treueverhältnisses’ seien gefallen. „DIE LINKE fordert erneut CDU und FDP auf, der Aufforderung von nahezu allen Sachverständigen zu folgen und dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen. Außerdem soll die Landesregierung alle weiteren Kürzungspläne bei den Beschäftigten, zum Beispiel durch die Beihilfeverordnung, fallen lassen. Das Ausbluten unseres öffentlichen Dienstes und der Beschäftigten an Schulen, Gerichten, in Polizei und Verwaltung ist in keiner Weise akzeptabel.“

Jasmin Romfeld
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-350.6082 - Fax: 0611-350.6091

Mail: j.romfeld@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

Günter Rudolph (SPD): Verschleppung der Einkommensverbesserung ist Affront gegenüber den Bediensteten

„Die heutige Anhörung des Innenausschusses zur Verschleppung der Einkommensverbesserungen bei Beamtinnen und Beamten zeigt in einem weiteren Bereich der Landes-politik, wie groß der Widerstand in der Bevölkerung inzwischen gegenüber dem Vorgehen der Landesregierung und bei den tragenden Fraktionen geworden ist“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, am Mittwoch in Wiesbaden.

Von den Anzuhörenden sei der Landtagsmehrheit von CDU und FDP sehr nachdrücklich ins Stammbuch geschrieben worden, dass deren Vorgehen die Ungleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten, Richter und Staatsanwälten fortsetze. Dieser Wortbruch der Landesregierung, der sich seit 2004 mit der Beibehaltung der 42-Stunden-Woche täglich auswirke, führe nun durch die verzögerte Umsetzung des Tarifergebnisses auch noch zu finanziellen Einbußen gegenüber dem Tariffbereich, sagte Rudolph.

Dies sei eine weitere deutliche Missachtung der Einsatzbereitschaft, der Beamtinnen und Beamten bei Polizei, Feuerwehr und der Verwaltung sowie der Richterschaft und der Staatsanwälte. Deshalb fordere die SPD die Landtagsmehrheit auf, endlich das Tarifergebnis vollständig 1:1 und zeitnah auch auf die betroffenen Bediensteten zu übertragen, so Rudolph am Ende der Landtagsanhörung.

Ralf Sturm

Parlamentarischer Referent

Justiziar

Referatsleiter Rechts- & Innenpolitik

Sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag

Postfach 3240, 65022 Wiesbaden

Schloßplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 / 350 - 508, Fax: 0611 / 350 - 511

E-Mail.: r.sturm@ltg.hessen.de

HESSENGERECHT.

